

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. Lukrezia Jochimsen, Petra Pau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/8901 –**

Zusammenarbeit von deutschen und tschechischen Rechtsextremen

Vorbemerkung der Fragesteller

Zwischen der rechtsextremen NPD und tschechischen Rechtsextremisten der „Arbeiterpartei für soziale Gerechtigkeit“ (DSSS) findet seit einiger Zeit eine engere Kooperation statt. Bereits am 3. Juli 2010 fand in der Gaststätte „Jägerwirt“ im bayerischen Buchhofen die Veranstaltung „Day of Friendship“ mit rund 120 Neonazis aus Deutschland und der Tschechischen Republik statt, zu der ein „Deutsch-Böhmischer Freundeskreis“ (DBF) mobilisiert hatte, um die Beziehungen zwischen tschechischen und deutschen Neonazis zu verfestigen und auszubauen. So vereinbarten tschechische und deutsche Rechtsextremisten anlässlich der „Jahresfeier“ der Deutsche Stimme Verlags GmbH am 2. April 2011 in Riesa im „Manifest z Riesy/Manifest von Riesa“ eine Zusammenarbeit von NPD und DSSS. Bei einem rechtsextremen Aufmarsch am 1. Mai 2011 in Heilbronn trat ein Vertreter der DSSS als Redner auf, während in Brno zwei Funktionäre der NPD sprachen. Am Wochenende des 28. und 29. Mai 2011 trafen sich der damalige NPD-Bundevorsitzende Udo Voigt, der damalige Berliner Landesvorsitzende Uwe Meenen und der oberpfälzische Bezirksgeschäftsführer Karsten Panzer sowie die Chemnitzer Stadträtin Katrin Köhler in Prag mit dem DSSS-Vorsitzenden Tomas Vandáš und dessen Stellvertreter Jiří Štěpánek. Erneut bekundeten die Parteivorsitzenden den Willen zur Zusammenarbeit ihrer Parteien, etwa bei den tschechischen Bezirksratswahlen 2012. Die NPD verfüge über „einen reichen Erfahrungsschatz“, aus dem die DSSS schöpfen möchte, so Tomas Vandáš. Wie die NPD es geschafft habe, „in Deutschland eine so starke nationalistische Partei“ aufzubauen, sei für die DSSS „eine Inspiration dafür, das Gleiche mit ähnlichen Methoden in der Tschechischen Republik zu erreichen.“ Ausgespart blieb auch auf diesem Treffen die Thematik der Beneš-Dekrete. Während die DSSS die Beneš-Dekrete als abgeschlossene Angelegenheit und Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung versteht, fordert die NPD in ihrem Parteiprogramm die Aufhebung dieser „Vertreibungs-Dekrete“ und eine Wiedergutmachung. Der DBF erklärt dagegen in einer „Grundlegende Vereinbarung zwischen böhmisch/mährischen (tschechischen) und deutschen Kameradengruppen“ die Beneš-Dekrete für „als null und nichtig“.

Auf der Website des DBF rief die Chemnitzer NPD-Stadträtin Katrin Köhler deutsche und tschechische Neonazis dazu auf, „das alte Kriegsbeil für immer [zu] begraben und gemeinsam für eine freies Europa der Vaterländer zusammen [zu] stehen“. Als verbindende Elemente einer deutsch-tschechischen Zusammenarbeit dienen ihr völkischer Rassismus und antisemitische Verschwörungstheorien gegen „die Erfüllungsgehilfen des USraelischen Hochfinanzkapitals im EU-Parlament“.

Als sich im Sommer 2011 in mehreren tschechischen Kleinstädten bis zu tausend Menschen versammelten, um Wohnhäuser von Roma anzugreifen, riefen Nazis wie das „Freie Netz Süd“ und der NPD-nahe „Deutsch-Böhmische Freundeskreis“ aus Bayern und Sachsen sowie das neonazistische „Thiazi“-Internet-Forum zu diesen Protesten auf. In Varnsdorf, 500 Meter hinter der deutschen Grenze, konnten Spezialeinheiten der tschechischen Polizei Anfang September 2011 in letzter Sekunde ein Pogrom verhindern. NPD-Funktionäre sowie Mandatsträgerinnen und -träger beteiligten sich regelmäßig an Demonstrationen der DSSS gegen ein Roma-Wohnheim in Varnsdorf. Auf diesen Demonstrationen werden Parolen wie „Böhmen für die Tschechen“ und „Zigeuner zur Arbeit“ aber auch „Zigeuner ins Gas“ skandiert. Auf Einladung des stellvertretenden DSSS-Landesvorsitzenden Petr Kotab nahmen so zuletzt am 29. Januar 2012 die Zittauer NPD-Stadträtin Antje Hiekisch, der Görlitzer Kreisvorsitzende der NPD und weitere NPD-Mitglieder an einer antiziganistischen Demonstration in Varnsdorf teil. Auf der Rückfahrt wurde die deutsche Delegation an der Grenze von der Bundespolizei kontrolliert.

1. Inwieweit ist der Bundesregierung eine Zusammenarbeit deutscher und tschechischer Rechtsextremen bekannt?
 - a) Welcher Art ist die Zusammenarbeit jeweils?
 - b) Welche Bedeutung hat diese Zusammenarbeit jeweils für die beteiligten Gruppierungen?
 - c) Welche strategischen inhaltlichen Absprachen zwischen deutschen und tschechischen Rechtsextremen sind der Bundesregierung bekannt?
 - d) Welche gemeinsamen Veranstaltungen, Aufzüge oder Aktionen deutscher und tschechischer Rechtsextremer sind der Bundesregierung bekannt, (bitte Datum, veranstaltende Organisationen, Art der Veranstaltungen, Teilnehmerzahl nennen)?

Die der Bundesregierung bekannten Beziehungen zwischen der deutschen und der tschechischen rechtsextremistischen Szene gründen sich zumeist auf persönliche Kontakte einzelner beteiligter Personen. Diese Kontakte finden ihren Niederschlag auch in Absichtserklärungen und Vereinbarungen zu gemeinsamen Zielen und Grundlagen, bleiben in der politischen Praxis jedoch in ihrem tatsächlichen Ausmaß und ihrem effektiven Nutzen deutlich hinter den Kooperationsankündigungen zurück.

So besteht etwa seit April 2009 eine grundlegende Vereinbarung zwischen böhmisch/mährischen (tschechischen) und deutschen Kameradschaftsgruppen. Im Rahmen eines informellen Arbeitstreffens zwischen den Aktivisten des „Freien Netzes Chemnitz“ und den Kameraden aus Böhmen/Mähren („Deutsch-Böhmischer Freundeskreis“) wurden gemeinsame Grundlagen und Richtlinien festgelegt. Einer vertieften Zusammenarbeit stehen aber regelmäßig grundlegende ideologische Differenzen entgegen. Hinzuweisen ist aber auf eine durchaus feststellbare Parallelität in der Entwicklung der neonazistischen Szenen beider Länder. So gibt sich auch die tschechische neonazistische Szene verstärkt jugendaffin und greift auf Aktionsformen wie die der „Autonomen Nationalisten“ zurück, wie sie auch in Deutschland bekannt sind. Wenngleich es auch insoweit Ansätze eines vermehrten Kontakts z. B. im Rahmen von Demonstrationen und Konzerten gibt, liegen bislang keine Erkenntnisse zu gemeinsamen Veranstaltungen im Sinne einer gemeinsamen organisatorischen Verantwortung vor.

Auch hinsichtlich der NPD beschränken sich engere Beziehungen zu tschechischen Rechtsextremisten vorwiegend auf direkte persönliche Kontakte einzelner beteiligter Personen. Hierzu zählen beispielsweise wechselseitige Einladungen zu Parteitagen, Kongressen, Demonstrationen und ähnlichen Veranstaltungen. Seit dem Wechsel des Parteivorsitzes der NPD im November 2011 sind bislang keine nennenswerten Aktivitäten der NPD in diesem Zusammenhang mehr bekannt geworden. Auch in der derzeitigen innerparteilichen NPD-Debatte über die weitere strategische Ausrichtung spielen die Kontakte zu ausländischen Parteien mit ähnlicher ideologischer Ausrichtung keine oder kaum eine Rolle.

2. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zum DBF und seinen Mitgliedern vor?

Erklärtes Ziel des Freundeskreises ist es, den gemeinsamen Glauben an ein „Europa der Vaterländer“ durch gemeinsame Erklärungen sowie länderübergreifende Aktionen, Veranstaltungen und Besuche weiter zu manifestieren. Tatsächlich beschränken sich die Aktivitäten jedoch auf die Durchführung des „1. Tag der Freundschaft“ am 3. Juli 2010 und den „2. Tag der Freundschaft“ am 4. Juni 2011.

3. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die DSSS in der tschechischen Republik (Vorläuferorganisationen, Mitgliederstärke, Wahlergebnisse, Verbotsverfahren, Ideologie)?

Die DSSS (Dělnická strana sociální spravedlnosti; Arbeiterpartei für soziale Gerechtigkeit) wurde am 21. Januar 2004 unter dem seinerzeitigen Namen „Partei der Bürger der Tschechischen Republik“ gegründet.

DSSS-Vorsitzender ist seit dem 20. November 2010 der ehemalige Vorsitzende der verbotenen Arbeiterpartei (Dělnická strana, DS), Tomáš Vandas. Er folgte seiner Mutter, Hana Pavlíčková, im Amt. Die 2003 gegründete und am 17. Februar 2010 verbotene Arbeiterpartei (Dělnická strana, DS) ist damit rechtlich gesehen keine direkte Vorgängerpartei der DSSS. Beide wenden sich mit ihrer Ideologie jedoch an dieselbe Wählergruppe.

Bei den Parlamentswahlen 2010 erhielt die DSSS 59 888 Stimmen (1,4 Prozent) und verpasste damit klar den Einzug ins Abgeordnetenhaus.

Die Agitation der DSSS ist fremdenfeindlich und insbesondere antiziganistisch, was sich insbesondere in Demonstrationen und Aufmärschen an gesellschaftlichen Brennpunkten widerspiegelt.

Laut Extremismusbericht des tschechischen Innenministeriums 2011 haben die Aktivitäten rechtsextremer Parteien in der Tschechischen Republik insgesamt jedoch abgenommen. Die allgemeine Politik- und Parteiverdrossenheit scheint sich auch auf die DSSS auszuwirken, laut Bericht ging die Zahl der aktiven Parteimitglieder zurück.

4. Welche weiteren rechtsextremen Organisationen und Parteien neben der DSSS existieren nach Kenntnis der Bundesregierung in der Tschechischen Republik, und in welchem Verhältnis stehen diese zu deutschen Rechtsextremen?

Nach Kenntnis der Bundesregierung existieren in der Tschechischen Republik zusätzlich zur DSSS im Wesentlichen folgende rechtsextreme Organisationen und Parteien:

- Autonome Nationalisten (Autonomní nacionalistí)
- Nationale Aktivisten (Národní aktivisté), Splittergruppe der Autonomen Nationalisten seit 2010
- Nationaler Widerstand (Národní odpor)
- Freie Jugend (Svobodná mládež)
- Heimatfront (Vlastenecká fronta)
- Blood & Honour Division Bohemia
- Resistance Women Unity
- sowie weitere regionale Gruppierungen (z. B. der „Deutsch-Böhmische Freundeskreis“ (DBF), der „Nationale Widerstand Krusnohori“ (NOK, „Nationale Widerstand Erzgebirge“), der „Nationale Widerstand Böhmen“).

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

5. Auf welchen Aufzügen oder Veranstaltungen in der Tschechischen Republik innerhalb der letzten fünf Jahre waren Neonazis oder sonstige Rechtsextreme aus Deutschland organisiert beteiligt (bitte nach Datum und Ort, Art und Thema der Veranstaltung bzw. des Aufzuges, Name der Organisation und Anzahl der deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer auflisten)?
6. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über eine Teilnahme deutscher Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten an antiziganistischen Demonstrationen in der Tschechischen Republik (bitte Zeitpunkt, Ort, Anzahl der Teilnehmenden aus Deutschland und gegebenenfalls die Namen teilnehmender Funktionärinnen und Funktionäre oder Mandatsträgerinnen und Mandatsträger rechtsextremer Parteien bzw. Organisationen benennen)?

Seit 2007 nahmen deutsche Rechtsextremisten zumindest an folgenden Veranstaltungen in Tschechien teil:

10. November 2007:

Demonstration in Prag mit Beteiligung des „Rings Nationaler Frauen“ (RNF) in Sachsen und des NPD-Landesverbands Sachsen zusammen mit dem „Nationalen Widerstand Böhmen“, insgesamt ca. 400 Teilnehmer, darunter ca. 60 bis 70 Deutsche.

1. Mai 2008:

Veranstaltung der „Arbeiterpartei“ (DS) in Prag, insgesamt ca. 600 Teilnehmer, zwei Redebeiträge seitens der Dortmunder NPD.

16. August 2008:

„Internationale Freiheitstage“ in Hradec Kralove (Königsgrätz), organisiert vom „Nationalen Widerstand“, ca. 300 Teilnehmer, einige deutsche Teilnehmer der NPD-Sachsen und des „Nationalen Widerstandes Dortmund“.

18. April 2009:

Gedenkmarsch unter dem Motto „Für die Opfer des alliierten Bombenterrors“ in Usti nad Labem (Aussig), als Organisatoren traten die „Autonomen Nationalisten Nord-Böhmen“ auf, unter den 600 Teilnehmern waren auch ca. 130 deutsche Rechtsextremisten, insbesondere aus der sächsischen Neonazi- und Kameradschaftsszene.

1. Mai 2009:

Veranstaltung der „Arbeiterpartei“ (DS) in Brno (Brünn) mit ca. 600 Teilnehmern, darunter einige wenige deutsche Teilnehmer.

1. Mai 2010:

Veranstaltung der „Arbeiterpartei für soziale Gerechtigkeit“ (DSSS) in Brno (Brünn) mit dem Motto: „Fremdarbeiterinvasion stoppen!“ mit wenigen Teilnehmern aus Deutschland.

24. April 2010:

Demonstration in Pilsen unter dem Motto „Unterstützung der politischen Gefangenen“, die Teilnehmerzahl belief sich auf ca. 150 Personen, unter ihnen einige deutsche Teilnehmer.

28. Oktober 2010:

Freundschaftstreffen der NPD-Stadträtin und RNF-Landesvorsitzenden Sachsen mit Vertretern der DSSS in Prag.

29. Mai 2011:

Besuch einer NPD-Delegation mit Udo Voigt in Prag auf Einladung der DSSS.

10. September 2011:

Seitens der DSSS organisierte antiziganistische Demonstration im „Schluckenauer Zipfel“ mit deutscher Beteiligung aus der Region Chemnitz Erzgebirge.

29. September 2011:

Demonstration für mehr Bürgerrechte (gegen die Zigeunerkriminalität) im böhmischen Rotava (Rothau); Organisator war die DSSS, die durch Aktivisten des „Freien Netzes Süd“ unterstützt wurde; unter den ca. 500 Teilnehmern befanden sich ca. 100 Rechtsextremisten aus Deutschland, vorwiegend aus Sachsen.

29. Januar 2012:

Seitens der DSSS organisierte, antiziganistische Demonstration in Varnsdorf mit NPD-Beteiligung aus Zittau und Görlitz.

7. Inwieweit wurden bei der Kontrolle deutscher Rechtsextremer, die sich an antiziganistischen Demonstrationen in der Tschechischen Republik beteiligt haben, von der Bundespolizei Waffen oder Propagandamaterialien gefunden?

Nach Erkenntnis der Bundesregierung hat die Bundespolizei keine Feststellungen im Sinne der Fragestellung getroffen.

8. Welche deutschen rechtsextremen Gruppierungen oder bekannte rechtsextreme Einzelpersonen haben im Einzelnen zu einer Beteiligung an antiziganistischen Demonstrationen in der Tschechischen Republik aufgerufen?

Keine. Die Aufrufe zu antiziganistischen Demonstrationen bzw. Veranstaltungen gingen nach der Bundesregierung vorliegenden Erkenntnissen ausschließlich von der DSSS und einzelnen, organisationsungebundenen tschechischen Nationalisten aus.

9. Welche Auftritte rechtsextremer Musikgruppen aus Deutschland in der Tschechischen Republik bzw. aus der Tschechischen Republik in Deutschland sind der Bundesregierung bekannt, und inwieweit kam es dabei zu Straftaten?

Rechtsextremistische Musikgruppen aus Deutschland treten seit Jahren vereinzelt bei Konzertveranstaltungen in der Tschechischen Republik auf. Umgekehrt

nehmen Musikgruppen aus der Tschechischen Republik an Musikveranstaltungen in Deutschland, insbesondere im Grenzbereich zu Sachsen, teil.

Jedoch sind weder die örtlich zuständigen Polizeien verpflichtet, Auftritte rechtsextremistisch ausgerichteter Musikgruppen in Deutschland dem Bundeskriminalamt (BKA) zu melden, noch besteht für die tschechischen Behörden eine Verpflichtung, in Tschechien auftretende deutsche Musikgruppen aus der rechtsextremistischen Szene dem BKA zu melden.

Die nachfolgende Aufstellung erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie basiert auf einer händischen Auswertung des gesamten Schriftverkehrs des für Zentralstellenaufgaben und Auswertung im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – rechts (PMK-rechts) zuständigen Fachreferates des BKA mit Tschechien. Mangels der Nennung eines genauen Zeitraumes ist in Anlehnung an die Fragestellung zu Frage 13 der dort vorgegebene Zeitraum von fünf Jahren bei der Durchsicht zugrundegelegt worden.

Nr.	Datum	Tatort	Straftatbestand/Kurz Sachverhalt
1	03. 03. 2007	Leipzig/SN	Auftritt der tschechischen Band „Conflict 88“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
2	26. 05. 2007	Neustadt/Orla/TH	Auftritt der tschechischen Band „Disdainful“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
3	30. 06. 2007	Gera/THB	Veranstaltung „Rock für Deutschland“. Möglicher Auftritt der tschechischen Band „Conflict 88“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden
4	Juli 2007	Blatno/CZ	Auftritt der deutschen Band „Projekt Irminsul“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
5	07. 07. 2007	Neustadt/Orla/TH	Auftritt der tschechischen Band „Disdainful“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
6	18. 08. 2007	Chrudium/CZ,	Auftritt der deutschen Band „Projekt Irminsul“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind dem BKA nicht bekannt geworden.
7	07. / 08. 09. 2007	Jena/TH,	Auftritt der tschechischen Band „Conflict 88“ anlässlich „Fest der Völker“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
8	06. 10. 2007	Jenisovice/CZ	Auftritt der deutschen Band „Projekt Irminsul“.
9	12. 04. 2008	Trutnov/CZ	Verdacht der Volksverhetzung im Zusammenhang mit „Sieg-Heil“-Rufen durch Bandmitglieder; über die Einleitung bzw. den Ausgang eines möglichen Ermittlungsverfahrens liegen hier keine Informationen vor.
10	07. 06. 2008	CZ	Auftritt der Band „Priorität 18“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
11	10. / 11. 10. 2008	Lichtenstein/SN	Ankündigung eines Auftritts der tschechischen Band Silva Nigra anlässlich der Veranstaltung „Fireblade Force 2008“ – keine weiteren Informationen bekannt.
12	07. 03. 2009	Pilsen/CZ	Auftritt der deutschen Band „Blue Max“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
13	21. 03. 2009	CZ	Auftritt der deutschen Band „Faustrecht“ anlässlich der Veranstaltung „Saturday night heroes against communism“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
14	27. 06. 2009	Nähe Chemnitz	Auftritt der tschechischen Band „Attack“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
15	27. 06. 2009	CZ	Auftritt der deutschen Band „Moshpit“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
16	12. 03. 2010	Staupitz/SN	Auftritt der tschechischen Band „Legion S“ – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
17	13. 03. 2010	Annaberg-Buchholz/SN	Auftritt der tschechischen Band „Legion S“. Besucher riefen bei diesem Konzert „Sieg Heil“, zeigten den „Hitlergruß“ und sangen strafrechtlich relevante Lieder.

Nr.	Datum	Tatort	Straftatbestand/Kurz Sachverhalt
18	20. 03. 2010	Lovosice/CZ	Auftritte der deutschen Bands „I.W.D.T“ und „Last Pride“. Das Konzert wurde durch die Polizei beendet (Verherrlichung einer Bewegung, die die Menschenrechte und Freiheit unterdrückt).
19	05. 06. 2010	Quitzdorf/SN	geplanter Auftritt der tschechischen Band „Conflict 18“ anlässlich des NPD/JN-Sachsentages. Die Veranstaltung verlief friedlich und störungsfrei.
20	03. 07. 2010	Buchhofen/BY	Auftritt der tschechischen Band „Right Way“ anlässlich des sogenannten Day of Friendship. Die Veranstaltung verlief störungsfrei. – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
21	25. 09. 2010	Kirchheim/TH	Auftritt der tschechischen Band „Sekhmet“ anlässlich eines Black-Metal-Konzertes. Die Veranstaltung verlief störungsfrei. Der Auftritt, der im Vorfeld angekündigten tschechischen Band „Inferno“, fand nicht statt. – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.
22	07. 01. 2012	Rothenburg-Geheege/SN	Auftritt der tschechischen Band „Legion S“, störungsfreier Verlauf mit ca. 50 Besuchern.
23	04. 02. 2012	Rothenburg-Geheege/SN	Auftritt der tschechischen Band „Satanic Black Metal“. An der friedlich verlaufenden Veranstaltung nahmen ca. 75 Personen teil. – Strafrechtlich relevante Sachverhalte sind BKA nicht bekannt geworden.

10. Inwieweit sind der Bundesregierung gemeinsame Kampf- bzw. Wehrsportübungen deutscher und tschechischer Rechtsextremer bekannt (bitte Ort, Zeitpunkt, Teilnehmerzahl und teilnehmende Organisationen nennen)?

Der Bundesregierung sind keine gemeinsamen Kampf- oder Wehrsportübungen deutscher und tschechischer Rechtsextremer bekannt. Ihr liegen lediglich Hinweise auf Schießübungen einzelner Personen aus dem deutschen und tschechischen rechtsextremistischen Spektrum in Tschechien vor, beispielsweise unter Beteiligung hessischer Rechtsextremisten im Jahr 2009 bzw. im Jahr 2011 aus dem Raum Bayern und Baden-Württemberg.

11. In welchen und in wie vielen Fällen wurden deutsche Rechtsextreme wegen des Verdachts auf einschlägige Straftaten in der Tschechischen Republik festgenommen oder Strafanzeige gegen sie erstattet (bitte Datum, Ort und Grund der Festnahme oder Anzeige, mögliche Anklageerhebung und Verurteilung angeben)?

Der Bundesregierung liegen über Straftaten deutscher Rechtsextremisten in der Tschechischen Republik keine Erkenntnisse vor.

Es besteht keine entsprechende Meldeverpflichtung der tschechischen Behörden gegenüber dem BKA. Aber auch aus dem beim BKA ausgewerteten Schriftverkehr mit Tschechien (vgl. auch Antwort zu Frage 9) haben sich keine entsprechenden Erkenntnisse ergeben.

12. In welchen und in wie vielen Fällen wurden tschechische Rechtsextreme wegen des Verdachts auf einschlägige Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland festgenommen oder Strafanzeige gegen sie erstattet (bitte Datum, Ort und den Grund der Festnahme oder der Anzeige, mögliche Anklageerhebung und Verurteilung angeben)?

Zu Anklageerhebungen und Verurteilungen in den genannten Fällen liegen der Bundesregierung keine umfassenden statistischen Erkenntnisse vor. Entsprechende Angaben werden in den Strafrechtspflegestatistiken nicht gesondert erhoben.

Dem BKA sind im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) von den Ländern seit 2007 die nachfolgenden, durch tschechische Staatsangehörige in Deutschland begangenen politisch rechts motivierten Straftaten gemeldet worden:

Nr.	Datum	Tatort	Straftatbestand/Kurz Sachverhalt	Strafrechtliche Konsequenzen
1	12. 03. 2007	Schirnding/BY	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Feststellung von Tätowierungen mit „SS-Rune“, „Wolfsangel“ und Hakenkreuzen bei einem tschechischen Staatsangehörigen.	Keine Angaben
2	08. 04. 2007	Waidhaus/BY	Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Bei einem tschechischen Staatsangehörigen wurden Musik-CDs mit rechtsextremistischem Inhalt aufgefunden.	Keine Angaben
3	24. 04. 2007	Marienberg/SN	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Bei einer tschechischen Staatsangehörigen wurde ein Thor-Steinar-T-Shirt mit alten verfassungswidrigen Markenzeichen festgestellt.	Keine Angaben
4	07. 05. 2007	Butzbach/HE	Körperverletzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Körperverletzung zum Nachteil eines pakistanischen Staatsangehörigen und Anstimmen von rechtsextremistischen Liedern durch einen tschechischen Staatsangehörigen.	Keine Angaben
5	13. 06. 2007	Bad Gottleuba/SN	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Bei der Ausreise nach Tschechien wurden bei einem tschechischen Staatsangehörigen Tätowierungen mit SS-Runen festgestellt.	Keine Angaben
6	04. 08. 2007	Dresden/SN	Verstoß gegen das Versammlungsgesetz Bei einer Personenkontrolle im Vorfeld einer rechten Versammlung wurde bei einem tschechischen Tatverdächtigen ein Golfschläger aufgefunden.	Keine Angaben
7	04. 08. 2007	Dresden/SN	Verstoß gegen das Versammlungsgesetz Bei einer Personenkontrolle im Vorfeld einer rechten Versammlung wurde bei einem tschechischen Tatverdächtigen ein Klappmesser sowie Pfefferspray aufgefunden.	Keine Angaben
8	08. 09. 2007	Jena/TH	Sachbeschädigung Ein tatverdächtiger tschechischer Staatsangehöriger zerstach anlässlich des „2. Fest der Völker“ Reifen eines Pkw, während ein anderer ihn dabei fotografierte, ohne die Straftat zu verhindern.	Ingewahrsamnahme beider Personen und Vernehmung.
9	02. 12. 2007	Schirnding/BY	Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen Ein tatverdächtiger tschechischer Staatsangehöriger führte bei der Ausreise nach Tschechien „NPD“-Flyer und -Werbematerial mit sich. Darunter befanden sich auch Flyer mit Hakenkreuzen.	Keine Angaben
10	23. 01. 2008	Höchstädt a.d. Aisch/BY	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Bei der Kontrolle eines tschechischen Staatsangehörigen wurde ein Ring mit Hakenkreuz und Doppelsigrune aufgefunden.	Keine Angaben
11	31. 01. 2008	Annaberg-Buchholz/SN	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Auf dem Mobiltelefon eines tschechischen Staatsangehörigen wurden Hintergrundbilder mit Hakenkreuzen festgestellt.	Keine Angaben

Nr.	Datum	Tatort	Straftatbestand/Kurz Sachverhalt	Strafrechtliche Konsequenzen
12	02. 02. 2008	Waldsassen/BY	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Bei der Kontrolle eines tschechischen Staatsangehörigen wurde u. a. ein Ring mit vier Hakenkreuzen sichergestellt.	Keine Angaben
13	06. 03. 2008	Hamburg/HH	Volksverhetzung Der Beschuldigte, ein tschechischer Staatsangehöriger, spielte lautstark rechtsextremistische Musik ab und äußerte sich u. a. mit ausländerfeindlichen Parolen.	Keine Angaben
14	17. 03. 2008	Dresden/SN	Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Zeigen des „Hitlergrußes“ sowie „Sieg-Heil“-Äußerungen durch einen tschechischen Staatsangehörigen gegenüber einem Polizeibeamten.	Keine Angaben
15	22. 03. 2008	Berlin	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Ein tschechischer Staatsangehöriger zeigte in der Öffentlichkeit dreimal den „Hitlergruß“.	Keine Angaben
16	17. 10. 2008	Düren/NW	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Ein tschechischer Staatsangehöriger zeigte gegenüber einem Polizeibeamten den „Hitlergruß“.	Keine Angaben
17	15. 11. 2008	Stühlingen/BW	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Aufbringen eines Hakenkreuzes an eine Wohnungstür, zu den Tatverdächtigen gehörte ein tschechischer Staatsangehöriger.	Keine Angaben
18	14. 02. 2009	Dresden/SN	Verstoß gegen das Versammlungsgesetz Der tschechische Tatverdächtige wurde an einer Kontrollstelle zu einem öffentlichen rechten Aufzug mit Quarzhandschuhen festgestellt.	Keine Angaben
19	19. 02. 2009	Philippstreu/BY	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Bei der Kontrolle eines tschechischen Staatsangehörigen wurde u. a. ein Messer mit einem am Griff befindlichen Hakenkreuz aufgefunden.	Keine Angaben
20	05. 03. 2009	Chemnitz/SN	Verstoß gegen das Versammlungsgesetz Bei einem tatverdächtigen tschechischen Staatsangehörigen wurde an einer Kontrollstelle ein Reizstoffsprüngerät festgestellt.	Keine Angaben
21	11. 04. 2009	Pleystein/BY	Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen Bei der Kontrolle eines mit zwei tschechischen Staatsangehörigen besetzten Fahrzeuges wurde eine Vielzahl von Gegenständen sichergestellt, welche mit Symbolen verfassungswidriger Organisationen bedruckt bzw. bespielt waren (T-Shirts, Tonträger).	Keine Angaben
22	12. 07. 2009	Werneuchen/BB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Die Tatverdächtigen, darunter ein tschechischer Staatsangehöriger, beschmierten u. a. ein Silo mit Hakenkreuzen.	Keine Angaben

Nr.	Datum	Tatort	Straftatbestand/Kurz Sachverhalt	Strafrechtliche Konsequenzen
23	12. 09. 2009	Pößneck/TH	Verstoß gegen das Versammlungsgesetz Der tatverdächtige tschechische Staatsangehörige verummte sich während einer Veranstaltung.	Keine Angaben
24	27. 10. 2009	Schirnding/BY	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Bei der Kontrolle eines tschechischen Staatsangehörigen wurden ein Klappmesser mit Adolf-Hitler-Abbildung sowie zwei Hakenkreuze aufgefunden.	Keine Angaben
25	17. 10. 2009	Leipzig/SN	Landfriedensbruch Anlässlich einer genehmigten Demonstration des rechten Spektrums wurden aus der Demonstration heraus Steine, Flaschen und Feuerwerkskörper auf eingesetzte Polizisten geworfen. Nach Auflösung der Veranstaltung wurden gegen eine Vielzahl von Tatverdächtigen, darunter 24 tschechische Staatsangehörigen, ermittelt.	Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet
26	19. 02. 2010	Dresden/SN	Verstoß gegen das Versammlungsgesetz Auf der Anreise zu einer rechten Kundgebung wurde bei einem tschechischen Staatsangehörigen ein Klappmesser sichergestellt.	Keine Angaben
27	13. 03. 2010	Landau an der Isar/ BY	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Bei Kontrollen im Vorfeld einer rechten Veranstaltung konnte bei dem tatverdächtigen tschechischen Staatsangehörigen ein Kapuzenpullover mit dem Spruch „Blut und Ehre“ festgestellt werden.	Keine Angaben
28	03. 07. 2010	Buchhofen/BY	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Im Rahmen einer Vorkontrolle zu einer NPD-Veranstaltung konnte bei einem tatverdächtigen tschechischen Staatsangehörigen ein Ring festgestellt werden, auf dem eine Lebensrune, eine Todesrune und eine Wolfsangel zu sehen waren.	Keine Angaben
29	03. 07. 2010	Buchhofen/BY	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Im Rahmen einer Vorkontrolle zu einer NPD-Veranstaltung wurden bei einem tatverdächtigen tschechischen Staatsangehörigen mehrere Tätowierungen (Wolfsangel, Odal- und Sigrune, Zivilabzeichen der SA) festgestellt.	Keine Angaben
30	03. 07. 2010	Buchhofen/BY	Verstoß gegen das Versammlungsgesetz Im Rahmen einer Vorkontrolle zu einer NPD-Veranstaltung wurde in einem tschechischen Fahrzeug Pfefferspray (ohne Prüfzeichen) sichergestellt.	Keine Angaben
31	03. 07. 2010	Buchhofen/BY	Verstoß gegen das Versammlungsgesetz Im Rahmen einer Vorkontrolle zu einer NPD-Veranstaltung wurde in einem tschechischen Kfz eine teilgeladene Schreckschusspistole mit zugehöriger Munition, u. a. Pfefferpatronen, sichergestellt.	Keine Angaben

Nr.	Datum	Tatort	Straftatbestand/Kurzsachverhalt	Strafrechtliche Konsequenzen
32	21. 05. 2011	Lengerich/NW	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Ein tatverdächtiger tschechischer Staatsangehöriger skandierte gegenüber eingesetzten Polizeibeamten mehrmals „Heil Hitler“ und „Nazis“.	Der Tatverdächtige wurde in Gewahrsam genommen; nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft wurde eine Sicherheitsleistung von 300 Euro erhoben.
33	28. 05. 2011	Stuttgart/BW	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Der tatverdächtige tschechische Staatsangehörige trug eine „Hakenkreuztätowierung“ auf der Handoberfläche.	Keine Angaben
34	20. 05. 2011	Nürnberg/BY	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Der tatverdächtige tschechische Staatsangehörige trug für jedermann sichtbar einen Keltenkreuzanhänger.	Keine Angaben
35	08. 07. 2011	Marienberg/SN	Bei einer Kontrolle trug der Tatverdächtige (tschechischer Staatsangehöriger) eine Tätowierung in Form von Hakenkreuzen.	Keine Angaben
36	07. 09. 2011	Birgland/BY	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Auf dem Führerhaus eines tschechischen Lkw war für jedermann sichtbar ein Keltenkreuz aufgeklebt.	Keine Angaben
37	21. 09. 2011	München/BY	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Ein tatverdächtiger tschechischer Staatsangehöriger beleidigte während einer Kontrolle die eingesetzten Polizeibeamten und rief „Heil Hitler“ sowie „Hitlerspione“.	Der Tatverdächtige wurde aufgrund einer Entscheidung des AG München wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in Tateinheit mit zwei tateinheitlichen Fällen der Beleidigung zu einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen à 15 Euro verurteilt.

13. Sind der Bundesregierung Amtshilfeersuchen tschechischer Behörden bei deutschen Behörden bezüglich der Aktivitäten deutscher Rechtsextremer in der tschechischen Republik aus den letzten fünf Jahren bekannt, und wenn ja, welche, und wie wurden diese von welcher Stelle beschieden?

Beim Generalbundesanwalt sind in den letzten fünf Jahren keine Rechtshilfeersuchen tschechischer Staatsanwaltschaften bezüglich der Aktivitäten deutscher Rechtsextremer in der Tschechischen Republik eingegangen. Weitere Erkenntnisse zu entsprechenden Rechtshilfeersuchen liegen der Bundesregierung nicht vor. Der Rechtshilfeverkehr innerhalb der Europäischen Union verläuft unmittelbar zwischen den beteiligten Staatsanwaltschaften.

14. Auf welchen Aufzügen oder Veranstaltungen in Deutschland innerhalb der letzten fünf Jahre waren Neonazis oder sonstige Rechtsextreme aus der Tschechischen Republik organisiert beteiligt (bitte nach Datum und Ort, Art und Thema der Veranstaltung bzw. des Aufzuges, Name der Organisation und Anzahl der tschechischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer auflisten)?

Der Bundesregierung ist bekannt, dass seit 2007 tschechische Rechtsextremisten an folgenden Veranstaltungen in Deutschland teilnahmen, wobei die jeweilige konkrete Anzahl der tschechischen Teilnehmer nicht bekannt ist:

13. Februar 2007:

„Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) – JLO-Trauermarsch in Dresden.

8. September 2007:

„Fest der Völker“ in Jena.

1. Dezember 2007:

Besuch einer Gruppe tschechischer Vertreter des „Nationalen Widerstandes Böhmen“ bei der NPD-Sachsen.

13. Februar 2008:

JLO-Trauermarsch in Dresden.

15. Februar 2008:

Besuch einer tschechischen Delegation des „Nationalen Widerstandes“ bei der NPD im sächsischen Landtag.

16. Februar 2008:

JLO-Trauermarsch in Dresden.

21. Juni 2008:

„Sachsentag“ in Dresden.

28. Juni 2008:

Bundeskongress des „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) in Berlin mit Teilnehmerinnen der tschechischen Frauenorganisation „Resistance Woman Unity“.

6. September 2008:

„Antikriegstag“ in Dortmund mit tschechischer Beteiligung von Aktivisten der DS.

13. September 2008:

„Fest der Völker“ in Altenburg.

1. Mai 2009:

NPD-Demonstration in Weiden/Bayern.

13. Juni 2009:

„8. Thüringentag der Nationalen Jugend“ in Arnstadt.

27. Juli 2009:

NPD-Sommerfest in Jänkendorf.

August 2009:

Unterstützung der sächsischen NPD im Landtagswahlkampf durch tschechische Aktivisten.

5. September 2009:

„Antikriegstag“ in Dortmund unter dem Motto „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege“.

12. September 2009:

„Fest der Völker“ in Pößneck/Thüringen.

5. März 2010:

Trauermarsch der NPD-KV Chemnitz.

5. Juni 2010:

„3. JN-Sachsentag“ mit einem Redebeitrag eines Vertreters der tschechischen Widerstandsbewegung.

3. Juli 2010:

„1. Tag der Freundschaft“ in Buchhofen/Bayern. Teilnehmer waren deutsche und tschechische Aktivisten des „Nationalen Widerstandes“. Organisiert wurde es vom DBF.

2. April 2011:

Treffen der Vorsitzenden der NPD und der DSSS in Riesa.

1./2. Juli 2011:

Pressefest der „Deutschen Stimme“.

4. Juni 2011:

„2. Tag der Freundschaft“ in Neustadt/Waldnaab. Aufruf zu einem gemeinsamen Musikprogramm und themenbezogenen Ansprachen. Organisator war der DBF.

7. August 2011:

Unterstützung der NPD bei Plakatierungsaktionen (Wahlkampf) in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

15. Inwieweit gab es bislang Einreiseverbote gegen tschechische Rechtsextreme nach Deutschland oder deutsche Rechtsextreme in die Tschechische Republik (bitte Personen, Anzahl, Datum und Anlass nennen)?

Die Feststellung des Verlustes des Rechts auf Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit richtet sich bei Unionsbürgern nach § 6 des Freizügigkeitsgesetzes/EU und obliegt grundsätzlich der Prüfung durch die jeweils zuständige Ausländerbehörde.

Die Bundesregierung führt keine Statistik, die Angaben über die als „Rechtsextreme“ bezeichneten Personen im Zusammenhang mit Grenzkontrollen enthält.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, ob Einreiseverbote für „deutsche Rechtsextreme“ in der Tschechischen Republik bestehen.

16. Inwiefern steht die Bundesregierung in Gesprächen mit den Freistaaten Sachsen und Bayern und den tschechischen Behörden, um ein gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextreme zu koordinieren und den Informationsaustausch zu stärken?

Die Entwicklung in den letzten Jahren wird von den Sicherheitsbehörden beider Länder aufmerksam beobachtet. Eine gegenseitige zeitnahe Unterrichtung ist, insbesondere durch bilaterale anlassbezogene Konsultationen sowie institutionalisierte, regelmäßig stattfindende Fachgespräche, gewährleistet.

So nimmt Deutschland vertreten durch das Bundeskriminalamt neben Österreich alljährlich als Gast/Beisitzer am Treffen der „Visegrád-Gruppe“ (auch unter der Bezeichnung „V 4“ bekannt) zur Bekämpfung des Extremismus teil, deren reguläre Mitglieder die Tschechische Republik, die Slowakische Republik, Polen und Ungarn sind. Zweck dieses Treffens ist der Informationsaustausch, die Diskussion der aktuellen Lage in den jeweiligen Staaten und die Verbesserung der gegenseitigen Kommunikation. Eine Teilnahme des Bundeskriminalamts wird regelmäßig von Seiten der tschechischen Geschäftsführung gerade wegen der rechtsextremistischen Szene in Deutschland erbeten.

Auch wenn sich das am 16. Dezember 2011 in Betrieb genommene Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR) bisher mit dieser speziellen Thematik noch nicht befasst hat, ist diese Einrichtung insoweit für einen mittelbaren Informationsaustausch geeignet, als auch Vertreter von Europol im GAR mitarbeiten.

17. Inwieweit ist die Bekämpfung grenzüberschreitender rechtsextremistischer Betätigung Gegenstand des „Gemeinsamen Zentrums der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit“ in Schwandorf?

Das Gemeinsame Zentrum der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit Petrovice-Schwandorf unterstützt die zuständigen deutschen und tschechischen Behörden insbesondere in den Grenzgebieten bei der Bekämpfung und Verhütung von Kriminalität durch die aktuelle und schnelle Informationsweitergabe an die zuständigen Einsatzzentralen beiderseits der Grenze. Neben dem täglichen Lageaustausch, findet im Eilfall der Austausch von aktuellen Ermittlungserkenntnissen für die ermittelnden Kriminalpolizeidienststellen über das Gemeinsame Zentrum statt. Insofern trägt das Gemeinsame Zentrum auch zur Bekämpfung und Verhütung rechtsextremistischer Straftaten bei. Eigene operative Maßnahmen trifft das Gemeinsame Zentrum nicht.

18. Welche weiteren Konsequenzen sind aus Sicht der Bundesregierung aus der Zusammenarbeit deutscher und tschechischer Rechtsextremer zu ziehen?

Der intensive Austausch der deutschen und tschechischen Sicherheitsbehörden über die Kontakte von Rechtsextremisten aus beiden Ländern ist fortzusetzen.